

chen klaren Verankerung von Netzneutralität abgelehnt worden ist.

Trotzdem hoffe ich, dass wir, wie das durch die beiden Redner von FDP und CDU gesagt worden ist, in der weiteren Beratung zu einer gemeinsamen Haltung kommen, die sich aber in der Gesetzgebung des Bundes widerspiegeln muss. Ansonsten nützt das Bekenntnis zur Netzneutralität nichts. Wir brauchen eine gesetzliche Verankerung. Wir als Landesregierung werden im Bundesrat eine entsprechende Initiative starten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Duin. Bleiben Sie bitte gleich am Redepult. Es gibt nämlich die Anmeldung einer Kurzintervention durch Herrn Kollegen Schwerd von der Piratenfraktion. Bitte schön.

**Daniel Schwerd (PIRATEN):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister Duin, ich danke Ihnen für Ihr explizites Bekenntnis zum Prinzip der Netzneutralität und übrigens auch zur Endgerätefreiheit.

Ich muss aber leider feststellen, dass die Landesregierung bisher ein netzpolitisches Desaster veranstaltet hat. Beim Leistungsschutzrecht hat sie ein schädliches, innovationsfeindliches Gesetz nicht verhindert, obwohl es vorher klare Aussagen von Frau Ministerin Schwall-Düren dazu gab.

Darüber hinaus hat Herr Minister Jäger mit seinem Angstmachebrief aus „#Achtung!!“ und Falschaussagen die BDA im Bundesrat gestützt und seine Parteikollegen geängstigt. Herr Minister, wie soll ich jetzt glauben, diese Landesregierung nähme sich der Netzneutralität wirklich an? Die Reden der Landesregierung passten bislang nicht zu den Taten. Im Moment traue ich dieser Landesregierung in Sachen Netzpolitik nicht weiter als der Abstand zwischen meiner Stirn und meiner Hand ist.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Herr Minister, wenn Sie antworten möchten, haben Sie jetzt die Gelegenheit dazu.

**Garrelt Duin,** Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ich weiß nicht, was sich bei Herrn Schwerd zwischen Hand und Hirn abspielt.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Er hat das Bild gezeichnet, also muss er damit leben. – Herr Schwerd, es dient der Debatte um das Thema, was hier heute aufgerufen ist, überhaupt nicht, wenn Sie versuchen, andere Leib- und Magenthemen der Piraten mit einzuflechten.

Durch entsprechende Antragstellung hier im Landtag, seit Jahren durch entsprechende Antragstellung von SPD und Grünen im Bundestag und durch eine entsprechende Formulierung in der Koalitionsvereinbarung haben wir auf vielfältige Weise klargestellt, dass diese Regierung ohne Wenn und Aber zur Netzneutralität steht und diese auch gesetzlich verankern will. Deswegen die herzliche Bitte: Verwässern Sie ein gemeinsames Anliegen oder torpedieren Sie ein gemeinsame Anstrengung nicht dadurch, dass Sie mit ganz anderen Themen in diese Debatte einsteigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Bereits ohne Kurzintervention hatte der Minister die Redezeit um 1:20 Minuten überzogen. Wünscht jemand aus dem Plenum noch das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Debatte.

Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, alle drei Anträge, nämlich den **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2888**, den **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2963** und den **Antrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2892** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung der Anträge sollen dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich gehe davon aus, dass niemand dagegen stimmen oder sich enthalten möchte. – Das ist der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

**7 Freihandelsabkommen EU – USA: Audiovisuelle Dienste und Kultur vor Handelsliberalisierung schützen! Bundesregierung ist in der Pflicht grundlegende Länderinteressen zu berücksichtigen!**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2887

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2986

Entschließungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2980

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2988

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellenden Fraktionen Herrn Kollegen Vogt das Wort.

**Alexander Vogt** (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA gestellt.

Zuerst will ich kurz darstellen, worum es sich bei diesem komplexen Thema handelt. Auf der Welt wird reger Handel getrieben. Waren aller Art – ob Autos, Elektrogeräte oder Maschinen – werden dabei auf unterschiedlichen Transportwegen von A nach B verkauft. Diese Prozesse sind klaren Regeln und internationalen Handelsabkommen unterworfen.

Die Wirtschaftsminister der Europäischen Union führen aktuell Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA. Angeregt wurde das durch die Rede zur Lage der Nation von US-Präsident Obama im Februar dieses Jahres. Die dahintersteckende Idee bezieht sich auf die Förderung wirtschaftlicher Verbindungen, den Abbau von Zöllen und Beschränkungen sowie die Angleichung von Standards.

Im Prinzip bringen diese Maßnahmen eine Reihe von Vorteilen mit sich.

Das Problem an der Sache ist, dass sich der bisherige Entwurf nur auf die Regelungen der Welthandelsorganisation bezieht. Es wird keine Rücksicht auf Fragen der kulturellen Vielfalt genommen. Diese sind durch ein UNESCO-Abkommen geregelt. Die USA haben dieses Abkommen nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert und darüber hinaus oft eine eigene Ansicht zum Thema Kulturförderung.

Zukünftig soll es weder die Möglichkeit zur Kulturförderung noch Sonderregelungen wie zum Beispiel für unser duales Rundfunksystem geben; denn in dem aktuellen Mandatsantrag wird die Besonderheit der audiovisuellen Dienste außer Acht gelassen. Die jetzigen Bestrebungen bedrohen unsere Film-, Fernseh- und Musikindustrie. Die Filmförderung wäre in ihrer jetzigen Form nicht mehr erlaubt. Europäische Filmprojekte hätten es im Vergleich zu Hollywoodproduktionen wesentlich schwerer.

Eines müssen wir klarstellen: Kulturgüter sind keine normalen Waren im klassischen Sinne und können demzufolge nicht wie zum Beispiel Automobilexporte behandelt werden. Dies ist übrigens nicht der erste Versuch in diese Richtung. Frankreich hat bereits

1990 einen Vorstoß für ein ähnliches Freihandelsabkommen zu Fall gebracht.

Wir in Europa, in Deutschland und hier in NRW haben klare Vorstellungen und Regeln für kulturelle Vielfalt und freie Meinungsäußerung. Wir haben einen Grundkonsens, Kulturgüter nicht den Gesetzen des Marktes zu überlassen. Wir haben mit dem dualen Rundfunksystem Sonderregelungen für Rundfunk und Telemedien. Unser Grundgesetz schreibt fest, dass Medien- und Kulturpolitik Ländersache ist – innerstaatlich sowie auf europäischer Ebene.

Darum fordern wir in unserem Antrag, dass die Bundesregierung bzw. das Wirtschaftsministerium die Medienhoheit der Länder wahren muss und Verhandlungen zu unterlassen sind, die den Kultur- und Medienbereich im Transatlantischen Freihandelsabkommen betreffen. Wir brauchen den Schutz unserer kulturellen Güter in Europa. Darum bitten wir um Ihre Zustimmung.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Keymis.

**Oliver Keymis** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorhin gehört, es gibt noch einen Entschließungsantrag von der CDU und der FDP. Dieser ist mir leider nicht bekannt und kommt gerade erst zu uns. Deshalb kann ich dazu wenig sagen.

Ich will mich aber inhaltlich gern voll meinem Vordredner, Herrn Kollegen Vogt, anschließen. Alles, was er zur Ausnahmesituation von Kultur und Medien gesagt hat, ist auch aus grüner Sicht richtig. Sie wissen alle, dass es langjährige Verhandlungen im Hinblick auf WTO und GATS gab und in der Welt über viele Jahre versucht worden ist, diese Ausnahmen, die wir uns in Europa aus sehr guten und wohlherwogenen Gründen leisten, zu unterminieren.

Gott sei Dank ist es uns Europäern bisher immer gelungen, diese Handelsabkommen so zu gestalten, dass die kulturelle Vielfalt, die Meinungsvielfalt und der Medienpluralismus gewahrt bleiben, nämlich als besondere Güter, die über ihren wahren Charakter, den sie auch haben können, weit hinausreichen und die für uns vor allen Dingen von inhaltlicher, von identitätsstiftender Bedeutung sind.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir uns auch bei unseren Hoheitsthemen „Kultur“ und „Medien“ frühzeitig bemerkbar machen, wenn es darum geht, die Länder – und dazu ist der Bund verpflichtet – dort einzubeziehen, wo ihre Themen berührt sind, also auch hier bei der Organisation des Freihandelsabkommens zwischen den USA und der Europäischen Union.

Wir müssen aufpassen, dass die Handelsliberalisierung, die im Wesentlichen in allen Bereichen geplant ist, nicht durch die Hintertür das, was wir über WTO und GATS erreicht haben, für diesen Bereich wieder öffnet, sodass Wälle gebrochen werden – mit der Folge, dass wir uns inhaltlich und politisch weit von dem entfernen, wofür wir in Europa in besonderer Weise stehen und worum uns übrigens viele in der Welt auch bis heute beneiden, weil wir kulturelle Vielfalt und medialen Pluralismus haben.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich befürchte – das sage ich Ihnen ganz offen –, dass wir dann, wenn wir uns nicht wehren, in die Lage geraten, dass Google, Apple und Co genau über diese gebrochenen Schranken anders, als wir das bisher kennen, in unsere Welt eindringen. Die Versuche dazu gibt es auf vielfältigen Wegen. Meines Erachtens müssen wir uns auch politisch gegen solche Art von Freihandel wehren.

Ich will hier für meine Fraktion deutlich sagen, dass das ausdrücklich auch für andere Bereiche des politischen Miteinanders gilt. Das gilt für den Bereich der Umwelt und den Bereich der Landwirtschaft. Wir befürchten durch ein solches Freihandelsabkommen zum Beispiel auch Probleme beim Genfood und ähnlichen Produktlinien, die in den USA selbstverständlich sind, während sie in Europa bisher verboten sind und auch nicht auf Akzeptanz stoßen. Wir Grünen haben die Befürchtung, dass dieses Freihandelsabkommen viel zu weit geht und auch an Stellen gilt, die in diesem Antrag nicht berücksichtigt sind. Ich sage das hier im Namen meiner Fraktion ganz ausdrücklich.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Um es auf den Punkt zu bringen: Der Vertrag von Lissabon hat das klar geregelt. Das Amsterdamer Protokoll hat das klar geregelt. Die AVMD-Richtlinie, die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, hat das klar geregelt. Wir sind uns in Europa einig darin, dass wir diese Ausnahme bewahren wollen – auch und gerade vor dem Hintergrund eines Freihandelsabkommens mit den USA.

Insofern hoffe ich, dass wir heute gemeinsam zu Entscheidungen kommen, die bei der Abstimmung über unseren Antragsvorschlag auch zu entsprechenden Mehrheiten im Hohen Hause führen, und dass wir uns darin einig bleiben, dass Kultur und Medien eben nicht nur Ware, sondern vor allem für uns in Europa wesentlich mehr sind, nämlich richtungsweisend für unser weiteres Fortleben und auch für das, was wir – bei allem, was sonst die Welt bestimmt – als Wertegemeinschaft in Europa miteinander hochhalten wollen.

Insofern freue ich mich auf eine breite Zustimmung im Hohen Hause zu unserem heute vorliegenden Antrag und danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Bleiben Sie bitte gleich am Redepult. Herr Kollege Dr. Paul von den Piraten hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. – Herr Kollege, ich schalte Sie frei. Bitte.

**Dr. Joachim Paul (PIRATEN):** Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Keymis, es ist überhaupt nichts Böses. Ich möchte an dieser Stelle nur die Gelegenheit nutzen, um den Zusammenhang zwischen diesem Tagesordnungspunkt, bei dem Sie relativ übereinstimmend mit unserer Meinung erläutert haben, worum es Ihnen geht, und dem vorigen Tagesordnungspunkt zur Netzneutralität noch einmal hervorzuheben. Sie haben Google, Apple und Co erwähnt. In dem Fall, dass dort ein freier Handel von Datenpaketen nicht mehr möglich sein sollte, ist dieses Nicht-mehr-möglich-Sein über technische Maßnahmen, die den Datenschutz verletzen, realisiert. Das sollten wir direkt mit in Betracht ziehen, wenn wir über diese Dinge nachdenken. – Das war alles. – Vielen Dank.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Herr Keymis, möchten Sie erwidern?

**Oliver Keymis (GRÜNE):** Im Grunde brauche ich nicht viel dazu zu sagen. Das war ja mehr eine Anmerkung von Ihnen, Herr Dr. Paul. Ich glaube, wir sind da nicht sehr weit auseinander. Es gibt deutliche Befürchtungen, dass uns hier insbesondere bestimmte Handelsriesen, die auf dem Markt der Daten und der Meinungen natürlich schon stark sind, in die europäische Tasche greifen wollen. Das ist völlig klar.

Selbstverständlich ist dieses Feld auch kommerziell hochinteressant. Das wissen alle. Das weiß auch die Telekom.

Insofern haben wir die Diskussion zur Netzneutralität eben zu Recht geführt. Ich glaube, wir waren uns da einiger, als es ein Teil der Debatte wiedergegeben hat. Vor diesem Hintergrund hoffe ich aber, dass wir jetzt bei diesem Antrag unsere Einigkeit noch stärker herausstellen können. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und Lisa Steinmann [SPD])

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Keymis. – Weil Ihnen das eben entgangen war, würde ich Sie gerne noch darauf aufmerksam machen, dass es sich um einen gemeinsamen Entschließungsantrag von CDU und FDP handelt, der die Drucksachennummer 16/2988 trägt. – Als nächster Redner spricht für die CDU Herr Kollege Prof. Dr. Dr. Sternberg.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bei der gestrigen Jahresfeier der Akademie der Wissenschaften sprach Udo Di Fabio über Europa. Er sagte unter anderem – zumindest nach meinen Notizen –:

Die funktionale Einigung Europas ermöglicht es, nationalen Konzernen wie Google oder Microsoft milliarden schwere Bußzahlungen aufzuerlegen, was ein einzelner Staat nie geschafft hätte.

Ich bin nicht ganz sicher, ob sich Udo Di Fabio bewusst war, wie aktuell seine Einlassungen waren; denn sie passen auch auf unsere heutige Debatte.

Die Europäische Union und die USA planen zurzeit eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft – durchaus auf Augenhöhe – und verfolgen das Ziel, ein umfassendes und ambitioniertes Abkommen zu erreichen. Übrigens: Nach Schätzungen der Europäischen Kommission kann das Freihandelsabkommen mit den USA zu gesamtwirtschaftlichen Gewinnen für Europa von bis zu 119 Milliarden € jährlich führen.

Nicht nur die Bundesregierung bewertet das Freihandelsabkommen als wertvollen Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks. Wir haben auch aus nordrhein-westfälischer Sicht ein hohes Interesse daran, dass diese Verhandlungen gelingen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die transatlantische Freihandelszone mit den USA für das mit Abstand wichtigste Zukunftsprojekt der Handelspolitik.

Am 13. März dieses Jahres hat die EU-Kommission ihren Mandatsentwurf vorgelegt. Am 25. April 2013 hat sich der Ausschuss für internationalen Handel mit großer Mehrheit für die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen ausgesprochen. Das war eine sehr große Mehrheit. Allerdings hat sich derselbe Ausschuss nur mit knapper Mehrheit dafür ausgesprochen, kulturelle Güter von den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen auszunehmen.

Um genau diese kulturellen Güter in ihrer Vielfalt und mit ihren besonderen Ansprüchen geht es hier. Ich brauche da nur an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Buchpreise, den Mehrwertsteuersatz für Druckerzeugnisse, die Filmförderung oder das System des Presse-Grosso mit den jeweiligen Sonderregelungen zu erinnern.

Zudem basiert die Kultur Europas gerade auf der Vielfalt ihrer Erscheinungsformen – in Filmen, Musik, Literatur und auch neuen Medien. Das ist eine lange Diskussion. Wir haben in der Kulturpolitik seit vielen Jahren, spätestens seit der UNESCO-Konvention, sehr viel über Diversität und die Vielfalt der europäischen Kultur gesprochen.

Diese Diskussion ist lange und intensiv und hat jetzt noch einmal angezogen und deutlich gemacht, dass diese kulturelle Vielfalt bei den Verhandlungen über

das Freihandelsabkommen nicht zur Disposition gestellt werden kann. So appellieren zum Beispiel die Filmförderer sowie die Film- und Medienstiftung unseres Landes. Nicht zuletzt der WDR-Rundfunkrat hat sich am 23. April alarmiert gezeigt über die Verhandlungen und einstimmig eine Erklärung verabschiedet.

Ruth Hieronymi, die Vorsitzende des Rundfunkrates, sagte:

„Der Rundfunkrat fordert, dass die bisher in den internationalen Handelsabkommen festgelegte Ausnahme für Kultur und Medien erhalten bleibt. Medien sind kein reines Wirtschaftsgut, sondern Träger kultureller Vielfalt in den europäischen Mitgliedstaaten. Rundfunk darf nicht zur reinen Handelsware werden.“

So weit Ruth Hieronymi.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine ganze Reihe von Anträgen vorliegen. Wir haben einen Entschließungsantrag vorgelegt. Dieser Entschließungsantrag hat die merkwürdigen und völlig unangebrachten Unterstellungen der Bundesregierung gegenüber getilgt und klar gemacht, dass wir die Bundesregierung unterstützen. Das war richtig. Wir sind nämlich im Ansinnen durchaus einig. Es gibt aber gar keinen Grund, die Bundesregierung anzugreifen. Die Bundesregierung macht einen guten Job.

(Beifall von Lutz Lienenkämper [CDU] und Christof Rasche [FDP])

Wir haben einen entsprechenden Entschließungsantrag formuliert. Weitere Anträge liegen vor, beispielsweise ein Änderungsantrag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist wichtig, dass der nordrhein-westfälische Landtag seine Kompetenz für kulturelle Fragen, die er verfassungsmäßig ausschließlich besitzt, klar und deutlich formuliert. Deswegen bin ich ziemlich sicher: Hätte man sich zusammengesetzt, wäre es möglich gewesen, einen gemeinsamen Antrag zustande zu bringen.

Aber so geht es nicht: Erst macht man einen Antrag, der die Bundesregierung aus ziemlich durchsichtigen Motiven heraus angreift, weil nämlich Wahlkampf ist. Anschließend tritt man den Piraten bei und schafft eine Koalition aus Piraten, Grünen und SPD.

Wir haben einen Entschließungsantrag von FDP und CDU vorliegen, bei dem Sie merken werden: In der Sache, nämlich dem Schutz der kulturellen Vielfalt und dem Schutz der Medien und der Presse, sind wir uns durchaus einig. Darin sind wir uns auch mit der Bundesregierung einig. Ich glaube, wir werden zu einem guten Ergebnis kommen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Dr. Sternberg. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Nückel das Wort.

**Thomas Nückel (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich ist die bevorstehende Aufnahme der Verhandlungen über das umfassende Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA zu begrüßen. Darin sind wir uns, glaube ich, einig. Das ist auch ein zentrales Projekt der zweiten Amtszeit von Präsident Obama. Fast alle europäischen Politiker – angefangen beim Präsidenten des Europäischen Parlaments Schulz – haben betont, dass sie auf das Zeichen, dass endlich Fahrt in die Aufnahme der Verhandlungen kommt – wir befinden uns noch vor und nicht in den Verhandlungen –, lange gewartet haben.

Es geht aber nicht, wenn gleich aus der Verhandlungsmasse Themen, die einem zwar brennend am Herzen liegen, herausgebrochen werden. Bei der allgemeinen Ausklammeritis-Tendenz in vielen Fragen würde dann nicht viel übrig bleiben. Es gibt ja auch schon andere Bereiche, in denen solche Forderungen aufkommen.

Das Abkommen, das geschaffen werden soll, bedeutet eine große Chance, denn es soll die im Bereich des Waren- und Dienstleistungshandels bestehenden Hindernisse abbauen und gemeinsame Standards festlegen. Das ist eine große Chance für die transatlantischen Beziehungen hin zu einem echten transatlantischen Marktplatz. Gerade wegen dieser positiven Effekte ist es auch für den deutschen Mittelstand und die Kreativwirtschaft höchstwahrscheinlich mit spürbaren Umsatz- und Beschäftigungsteigerungen verbunden.

Gerade wegen dieser positiven Effekte sollte man sich umfassend um die angemessene, den eigenen Interessen nutzende inhaltliche Ausgestaltung eines solchen Abkommens bemühen. Dabei hilft die Stoßrichtung des ursprünglichen rot-grünen Antrags nicht weiter. Konkret geht es Ihnen um die Aufforderung, bereits jetzt, also vor den Verhandlungen, aus den Verhandlungen bestimmte Themen herauszunehmen, also schon Fakten zu schaffen. So kann man aber nicht in Verhandlungen gehen. Halten Sie die Verhandlungsmasse bei Ihren Verhandlungen auch immer gleich möglichst gering? Oder geht man nicht vielleicht doch lieber offen, aber bestimmt in solche Dinge?

Ob es sinnvoll ist, von vornherein Gesprächspunkte kategorisch auszuschließen? Das würde international, glaube ich, als Arroganz gewertet. Es gibt ein gutes Zitat von John F. Kennedy, der einmal sagte: Wir können nicht mit jenen verhandeln, die sagen: Was mein ist, ist mein, und was dein ist, ist Verhandlungssache! – Wir sind uns wohl auch einig: Audiovisuelle Medien und Kulturgüter sind nicht als reine Handelsware zu verstehen. Wir sind uns im

Hause aber bestimmt auch einig, dass es notwendig sein wird, die Länderhoheit im Medienbereich und der Kultur so weit wie möglich zu schützen.

Dabei ist auch klar: Kommunikation darf eine Verhandlung nicht durch den Aufbau einer Drohkulisse gefährden. Aus Sicht der FDP wäre es für die anstehenden Verhandlungen nicht sinnvoll, bereits jetzt Ausnahmetatbestände festzulegen. Denn beispielsweise Medienkonvergenz und Medienwandel halten sich nicht an geografische Grenzen. Eine Kooperation und etwaige Vereinbarungen wären in diesem Bereich durchaus sinnvoll: Schweden, Dänen, Engländer und gerade die Spanier haben im Bereich der neuen Medien umgekehrt offensive Interessen an Marktzugangsverbesserungen. Dabei geht es nicht nur um das Spanisch sprechende Rundfunkpublikum in den USA.

Die Signale aus Brüssel zeigen, dass der individuelle Politikspielraum der Mitgliedstaaten im Bereich von Audiovision und Kultur hervorgehoben und herausgestellt wird. Damit wird das berechnete Interesse der Mitgliedstaaten anerkannt, Medien- und Kulturpolitik auch und besonders als Ausdruck nationaler Identität zu gestalten.

Ich will es durchaus wiederholen: Selbstverständlich sind die audiovisuellen Dienste und die Kultur bei solchen Verhandlungen äußerst sensibel zu behandeln. Es herrschen besondere Marktsituationen, die wir nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Die Bundesländer sitzen letztendlich auch im Boot, da sie aufgrund des sogenannten Lindauer Abkommens über das Abkommen, das bei den Verhandlungen zum Freihandel eventuell herauskommt, einzeln und im Bundesrat zustimmen müssen. Deswegen glaube ich, dass uns frühzeitige Verhandlungsblokkaden nicht weiterhelfen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Nückel.

(Der Abgeordnete begibt sich zu seinem Platz.)

– Herr Kollege Nückel, Sie müssen leider – oder vielleicht auch nicht „leider“ – zurückkommen. Der Kollege Keymis hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. – Bitte, Herr Kollege Keymis.

**Oliver Keymis (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Kollege Nückel, ich will die Gelegenheit der Kurzintervention nutzen, um einmal darauf hinzuweisen, dass ich Ihre Meinung nicht teile, dass mit dem Antragsvorschlag, den wir gemacht haben, irgendeine totale Blockadehaltung eingenommen werden würde.

Zum Zweiten will ich sagen: Da wir leider erst jetzt Kenntnis von dem gemeinsamen Entschließungsan-

trag von CDU und FDP bekommen haben, will ich für meine Fraktion und – das darf ich, glaube ich, jetzt sagen – auch für die SDP-Fraktion getrennte Abstimmung beantragen, um zu den Punkten einzeln Stellung zu nehmen. Sie können sich vorstellen, wie die Differenzierung ausfallen wird.

**Thomas Nüchel** (FDP): Gegen getrennte Abstimmung spricht nichts. Dann kann man seine Haltung zu den Themen noch einmal detailliert zum Ausdruck bringen. – Ich bin fest davon überzeugt, dass die Strategie, die Sie in den politischen Leitlinien Ihres ersten Antrags vorgeben, in der Tat zu einer totalen Blockade führen würde. Wir sehen auch schon die Reaktionen auf das französische Verhalten, auf die Art und Weise, mit der auch die Medienwirtschaft überhaupt nicht glücklich ist. Denn das führt erst einmal dazu, dass gar nicht geredet wird. Wie gesagt, wir sind nicht in den Verhandlungen, sondern wir befinden uns vor den Verhandlungen.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke**: Vielen Dank, Herr Kollege Nüchel. – Für die Piraten spricht der Kollege Schwerd.

(Beifall von den PIRATEN)

**Daniel Schwerd** (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Besuchertribüne und im Livestream! Audiovisuelle Dienste und die Kultur sind – so viel steht fest – keine normalen Güter. Wir sind uns hier offensichtlich fraktionsübergreifend einig, dass Kultur und Medien ein wirtschaftlicher, ganz besonders aber auch ein ideeller Wert zukommt. Beides gilt es zu schützen. Schließlich hat die Bundesrepublik Deutschland das UNESCO-Abkommen zur kulturellen Vielfalt unterzeichnet.

Damit hat sich Deutschland einerseits verpflichtet – ich zitiere – „die besondere Natur von kulturellen Aktivitäten, Gütern und Dienstleistungen als Träger von Identität, Werten und Sinn anzuerkennen“. Gleichzeitig bekräftigt dieses UNESCO-Abkommen das „souveräne Recht der Staaten ..., die Politik und die Maßnahmen bereitzuhalten bzw. beizubehalten, zu beschließen und umzusetzen, die sie für den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen in ihrem Hoheitsgebiet für angemessen erachten.“

Konkret heißt das, dass jeder Staat das Recht hat, die Art von Kulturpolitik zu machen, die er für den Schutz und die Förderung der kulturellen Vielfalt für angemessen hält. Nun soll zwischen der EU und den USA ein Freihandelsabkommen ausgehandelt werden, in dem allem Anschein nach der Kultur- und Medienbereich nicht von vornherein ausgeklammert ist. Bei vergangenen Freihandelsabkom-

men wurde der Kultur- und Medienbereich explizit ausgenommen.

In Deutschland ist Kulturpolitik jedoch Sache der Länder. Nach dem eben von mir zitierten UNESCO-Abkommen hat NRW also nicht nur das Recht, sondern sogar die ausdrückliche Pflicht, sich einzumischen, wenn auf europäischer Ebene ein solches Freihandelsabkommen ausgehandelt wird, das den Kultur- und Medienbereich betrifft.

Wir dürfen unsere Handlungsfähigkeit auf Landesebene nicht durch solche EU-Aktionen beschneiden lassen – dies umso mehr, als es um Themen wie beispielsweise die Filmförderung geht, die auch hier im Landtag diskutiert werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Die deutsche und die europäische Kultur- und Kreativbranche ist darauf angewiesen, dass auch in Zukunft hier auf Länderebene souverän über Fragen der Kultur- und Medienpolitik bestimmt werden kann. Deswegen unterstützen wir als Piratenfraktion die Forderungen des Antrags von SPD und Grünen in vollem Umfang, und ich bitte meine Fraktion um Zustimmung für diesen Antrag.

Meine Damen und Herren, wir sollten aber, wenn wir uns hier schon mit dem geplanten Freihandelsabkommen beschäftigen, auf ein weiteres grundsätzliches Problem zu sprechen kommen, das es bei solchen Verhandlungen auf europäischer Ebene gibt, nämlich auf den Mangel an Transparenz und öffentlicher Beteiligung.

(Beifall von den PIRATEN)

Bei diesem Freihandelsabkommen geht es um weitreichende Verpflichtungen gegenüber Drittstaaten, die jeden Bürger Europas direkt betreffen werden. Die Europäische Kommission verhandelt aber im Namen der Mitgliedstaaten hinter verschlossenen Türen und legt am Ende den Parlamenten einen fertigen Vertragstext nach dem Motto „Friss oder stirb“ vor. Das stellt demokratische Prozesse auf den Kopf.

(Beifall von den PIRATEN)

Es ist nicht hinzunehmen, dass finanzkräftige Lobbygruppen über den Stand der Verhandlungen stets gut im Bilde sind und ihren Einfluss geltend machen können, dass aber weder die Zivilgesellschaft noch die meisten Parlamentarier wissen, was genau gerade wo verhandelt wird und wer verhandelt.

(Beifall von den PIRATEN)

Das ist europäische Hinterzimmerpolitik, wie wir sie schon von ACTA kennen, eine Politik an den Parlamenten und Bürgern vorbei. Deswegen fordern wir Piraten in unserem Entschließungsantrag volle Transparenz bei den Verhandlungen über dieses Abkommen. Ein wichtiger Schritt hin zu dieser Transparenz ist die Offenlegung aller Protokolle dieser Verhandlungen.

(Beifall von den PIRATEN)

Darüber hinaus möchten wir erreichen, dass alle relevanten gesellschaftlichen Akteure bei den Vorbereitungen und später bei den Verhandlungen selbst so weit wie möglich informiert und beteiligt werden. Dazu gehören zum einen die demokratisch legitimierte Vertreter der Menschen in diesem Land – also wir alle hier in diesem Parlament – und zum anderen und besonders die einschlägigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber selbstverständlich auch die Bürger selbst.

Wir Piraten fordern transparente und nachvollziehbare Verhandlungen, die Raum für eine öffentliche Debatte lassen und eine Beteiligung der Öffentlichkeit schon während der Verhandlungen ermöglichen. Das ist im Sinne des Interesses der Zivilgesellschaft und der parlamentarischen Demokratie des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den PIRATEN)

Daher bitte ich Sie: Nehmen Sie unseren Entschließungsantrag an. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Duin.

**Garrelt Duin,** Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich bei dem Tagesordnungspunkt vorher etwas überzogen hatte, mache ich es dieses Mal etwas kürzer. – Eines hat die Debatte, in der alle den Sachverhalt noch einmal ausführlich geschildert haben, gezeigt: dass es vom Grundsatz her – bis auf ein, zwei Punkte, die gerade auch von Herrn Schwerd genannt worden sind – doch große Einigkeit gibt. Richtig ist – auch darauf hat insbesondere Herr Nückel gerade noch einmal hingewiesen –, dass wir uns nicht in den Verhandlungen, sondern in der Mandatierungsphase befinden. Das ist etwas ganz Wichtiges dabei. Deswegen, Herr Nückel, komme ich auch zu einem anderen Ergebnis als Sie.

Meines Erachtens ist eben jetzt der richtige Zeitpunkt, dass sich die Länderparlamente in Deutschland – auch dieser Landtag hier – damit befassen. Es ist aber eben so, dass die Bundesregierung – deshalb richtet sich diese Forderung auch an sie; denn sie hat die größere Nähe zu denjenigen, die das auf der europäischen Ebene verhandeln – jetzt, und zwar von vornherein, Verhandlungen insbesondere mit Blick auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausschließen will. Das ist doch der entscheidende Punkt.

In die Verhandlungen hineinzugehen und zu sagen: „Gucken wir mal, was wir zum Beispiel über den öf-

fentlich-rechtlichen Rundfunk am Ende an Ergebnis erzielen“, halte ich für den falschen Weg. Ich habe auch Prof. Sternberg, der insbesondere auf die Thematik des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingegangen ist, so verstanden, dass man es von vornherein ausschließen sollte. Das bringen eigentlich auch die meisten Anträge so zum Ausdruck.

Der Handelsausschuss des Europäischen Parlamentes hat bereits eine Stellungnahme abgegeben. Auch darauf wird in verschiedenen Anträgen Bezug genommen. Diese Linie zu unterstützen sollte sicherlich auch das Signal der heutigen Debatte und Beschlussfassung sein.

Ich bin der Auffassung, dass wir hier heute noch eine ganz grundsätzliche Bemerkung machen sollten. Ich kann mich an die Bundesratssitzung der vorletzten Woche erinnern, liebe Kollegin Schwall-Düren, wo es ebenfalls um ein Handelsabkommen ging und auf einmal in breiten Teilen der Bevölkerung in Deutschland, nicht nur auf dem Kirchentag, eine ganz intensive Debatte über das fertige Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru stattgefunden hat.

Jetzt sind wir – deswegen ist der Zeitpunkt so wichtig – in der Mandatierungsphase. Jetzt reden wir hier im Parlament im Rahmen der – Herr Schwerd – repräsentativen Demokratie – also im Auftrage – darüber, wie wir ein solches Handelsabkommen gestalten wollen. Heute liegt der Schwerpunkt bei Medien, audiovisuellen Diensten, öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Ich halte es für ein gutes Zeichen, dass wir uns auch aus der Landespolitik heraus, so früh es geht und so intensiv es geht, in die Debatten über Handelsabkommen der EU mit anderen Staaten in der Breite einschalten, wie Herr Keymis das soeben angesprochen hat. Sie sind für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Das ist nicht irgendetwas, was man einigen wenigen überlassen sollte, sondern das ist etwas, in das wir uns frühzeitig und intensiv einbringen sollten.

Ich habe Herrn Keymis gerade auch so verstanden, dass es möglich ist, ein bisschen aufeinander zuzugehen und das eine oder andere aus den unterschiedlichen Anträgen gemeinsam auf den Weg zu bringen, um so das gemeinsame Interesse, insbesondere den Schutz der Länderhoheit in Deutschland in diesem sensiblen Bereich, durch ein entsprechendes Abstimmungsverhalten zu dokumentieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die vielen Anträge, die unter Tagesordnungspunkt 7 vorliegen.

Weil Sie jetzt gemeinsam eine Reihe von Abstimmungen durchzuführen haben, die unsere volle Konzentration erfordern, würde ich gerne noch mal für alle Kolleginnen und Kollegen mitteilen, worüber wir abstimmen, und eine Verfahrensfrage klären.

Zum einen gibt es einen zugrundeliegenden Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/2887.

Dann gibt es einen Entschließungsantrag der Piraten Drucksache 16/2980.

Es gibt einen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten Drucksache 16/2986, der sich sowohl auf den zugrundeliegenden Antrag Drucksache 16/2887 wie auf den Entschließungsantrag Drucksache 16/2980 bezieht.

Und es gibt den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/2988. Hierzu ist in der Kurzintervention von Herrn Keymis der Wunsch geäußert worden, über den Forderungsteil eine Einzelabstimmung durchzuführen.

Ich würde als Erstes gerne die Verfahrensfrage zum letztgenannten Entschließungsantrag klären wollen. Gibt es Widerspruch gegen den Wunsch, eine Einzelabstimmung durchzuführen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir die Verfahrensfrage geklärt.

Dann möchte ich Sie alle darauf hinweisen, dass der Änderungsantrag Drucksache 16/2986 eine etwas andere Form hat als Änderungsanträge üblicherweise. Wir bitten deshalb darum, dass für den Fall, dass der Änderungsantrag und auch die entsprechend geänderten Anträge angenommen werden, die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der drei antragstellenden Fraktionen im Anschluss zum Präsidium kommen und mit dazu beitragen, dass das Abstimmungsvotum korrekt festgestellt wird. Den Abstimmungswillen werden wir durch das Abstimmungsvotum feststellen können. Die korrekt protokollierte Fassung ist notwendig, um für die Bürgerinnen und Bürger und vor allen Dingen die Landesregierung Klarheit herzustellen.

Dann kommen wir jetzt zu dem Abstimmungsmarathon.

Ich rufe zuerst den **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten **Drucksache 16/2986** auf. Er bezieht sich, wie gesagt, sowohl auf den zugrundeliegenden Antrag wie auf den Entschließungsantrag. Ich frage, wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will. – Das sind Piraten, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. – Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich komme zur Abstimmung über den **Antrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2887** in der – durch Annahme des

Änderungsantrags – soeben **geänderten Fassung**. Wer diesem geänderten Antrag seine Zustimmung geben möchte, der möge bitte die Hand heben. – Piraten, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – FDP und CDU. Stimmenthaltungen? – Niemand. Dann ist der geänderte Antrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich komme jetzt erneut zu dem gemeinsamen **Änderungsantrag Drucksache 16/2986**. Er bezieht sich, wie gesagt, in Teilen auch auf den Entschließungsantrag der Piraten. Wer dem Änderungsantrag **im Hinblick auf den Entschließungsantrag 16/2980** der Fraktion der Piraten seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Piraten, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – CDU und FDP. **Angenommen**.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den soeben **geänderten Entschließungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2980**. Wer stimmt dem zu? – Piraten, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU. Wer enthält sich? – Die FDP. Dann ist der Entschließungsantrag in der geänderten Fassung ebenfalls **angenommen**.

Jetzt kommen wir zum Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/2988. Auf Seite 2 steht unter III „Der Landtag beschließt:“ Dann folgen vier arabische Ziffern, über die jetzt einzeln abgestimmt wird.

Als Erstes rufe ich auf **Punkt III.1**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen, SPD und die Piraten. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist III.1 mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich rufe auf zur Abstimmung III.2. Wer möchte dem zustimmen? – FDP, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist **Punkt III.2** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf zur Abstimmung III.3. Wer möchte dem zustimmen? – FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch **Punkt III.3** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe als Vorletztes auf III.4. Wer möchte dem zustimmen? FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und die Piraten. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist **Punkt III.4** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich komme zur Gesamtabstimmung des jetzt **geänderten Entschließungsantrags** von CDU und FDP



**Drucksache 16/2988.** Wer dem seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Stimmt jemand dagegen? – Die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der jetzt so geänderte Entschließungsantrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wenn mir jemand nicht etwas anderes sagt, sind wir jetzt auch am Ende dieses Tagesordnungspunktes angekommen, ohne dass wir uns irgendwo verstrickt hätten.

Nun rufe ich auf:

### **8 Keine europaweite Einführung von Gikalinern „durch die Hintertür“ – Folgenabschätzung für NRW dringend erforderlich!**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2896

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Kern das Wort.

**Nicolaus Kern** (PIRATEN): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Wer öfter einmal in den Niederlanden oder in Skandinavien unterwegs ist, hat sie bestimmt schon im Einsatz gesehen: Riesen-Lkw, genannt Gikaliner, 25 Meter lang und bis zu 60 Tonnen schwer.

Gelinde gesagt: Der Einsatz von Gikalinern in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten ist von Anfang an äußerst umstritten. Dabei scheint die Rechnung der Befürworter doch ganz logisch: Mehr Ladung pro Lkw bedeutet weniger Lkw pro Ladung, also weniger Lkw auf deutschen Autobahnen. Und dennoch geht diese Rechnung nicht auf. Ich sage Ihnen auch, warum.

Gikaliner sollen und können keine Städte oder Dörfer befahren. Sie sind nur für lange Strecken geeignet, auf denen wirklich große Mengen transportiert werden müssen. Damit werden Autobahnen und Bundesstraßen natürlich belastet. Experten sind sich einig, dass durch den Einsatz von Gikalinern die Zahl von Lkw auf Fernstraßen nur leicht sinken würde. Die versprochenen Umweltvorteile werden durch das zu erwartende Mehraufkommen an Lkw-Verkehr zunichte gemacht. Dies wurde bereits durch das Fraunhofer Institut bestätigt.

Das sind Effizienzgewinne und Umweltschutz nach Rechenschiebermethode. Das ist umweltpolitische Realitätsverleugnung, die in der verkehrspolitischen Sackgasse endet.

(Beifall von den PIRATEN)

Aus guten Gründen kann der Gikalinerverkehr in der EU bisher nur innerstaatlich erlaubt werden; die Grundvoraussetzungen im stark belasteten Transitland NRW sind im Vergleich zu dünn besiedelten Ländern wie Schweden grundlegend anders. In NRW würden allein aufgrund des maroden Zustandes der Infrastruktur immense Kosten für das Land und damit für den Steuerzahler anfallen, die den zu erwartenden Nutzen bei Weitem übersteigen.

Vor diesem Hintergrund übernimmt die Europäische Kommission nun den nächsten Versuch, mittels einer Richtlinienänderung den grenzüberschreitenden Einsatz von Gikalinern durchzudrücken. Nach Vorstellung der Kommission soll der grenzüberschreitende Gikalinerverkehr zulässig sein, wenn zwei aneinandergrenzende Mitgliedstaaten den Einsatz bereits erlauben.

Über die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs soll hier massiv politischer Druck auf die unwilligen Staaten aufgebaut werden. Die zu erwartenden Wettbewerbsnachteile für die Logistikbranche in Staaten, die Gikaliner nicht erlauben, erzeugen zudem wirtschaftlichen Anpassungsdruck. Dies würde – wenn wir es einmal weiterdenken – dazu führen, dass zukünftig falsche Investitionsentscheidungen getroffen werden: weiter weg von der Schiene, hin zur Straße. Das ist unsinnige Brüsseler Marktliberalisierung durch die Hintertür.

(Beifall von den PIRATEN)

Neben der verkehrspolitischen Bewertung von Gikalinern haben wir es hier also in erster Linie mit einer europarechtlichen Druckkulissee zu tun, die NRW unmittelbar betrifft. Deswegen ist hier der federführende Europaausschuss angesprochen, zu dem auch überwiesen werden soll.

Die rot-grüne Landesregierung hat sich ohne Wenn und Aber für eine Verkehrspolitik weg von der Straße, hin zur Schiene ausgesprochen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall von den PIRATEN)

Wir fordern daher ein klares Bekenntnis des Landtags NRW gegen die schleichende Einführung von Gikalinern in Europa, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen. Wir Piraten bleiben dabei: Gikaliner sind ein umwelt- und verkehrspolitisches Placebo. Die Europäische Kommission muss endlich aufhören, die verkehrspolitische Zukunft Europas zu asphaltieren. Wir freuen uns auf die verkehrspolitische Debatte in den Ausschüssen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kern. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Schlömer.